

FRAGENBLOCK 1: ALLGEMEINE FRAGEN

In diesem Block bitten wir Sie, **ehrlich** zu prüfen, ob Sie die Fragen beantworten können. Sicherlich können Sie die Antworten recherchieren. Und die „volle“ Punktzahl erreichen. Dann haben Sie etwas dazugelernt ... Hilfreicher wäre es aber, uns mit ihren ehrlichen Antworten den Hinweis zu geben, wo noch informeller Nachholbedarf besteht.

Wissen Sie, in welchem Jahr die Erklärung von Barcelona verabschiedet wurde?

- 1988 1995 2002

Wissen Sie, in welchem Jahr sich die Stadt Potsdam zur Erklärung von Barcelona bekannt hat?

- 2000 2003 2005

Wissen Sie, in welchem Jahr die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet wurde?

- 2009 2011 2013

Wie beurteilen Sie den Grad der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Potsdam?

	ungefähr 80%	ungefähr 50%	ungefähr 20%	keine Angabe
Kita	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grundschule	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Regelschule	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gymnasium	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
1. Arbeitsmarkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportvereine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Kennen Sie den Anteil der Menschen mit einer anerkannten Behinderung in Potsdam?

Angabe bitte in %	13
-------------------	----

Wissen Sie, wie viele Kinder und Jugendliche in Potsdam eine Behinderung haben?

Angabe in absoluten Zahlen	ca. 2500
----------------------------	----------

Wissen Sie, wie viele der Potsdamer Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung auf einer Regelschule inklusiv beschult werden?

Angabe in absoluten Zahlen	1100*
----------------------------	-------

* Diese Zahl schätzen wir aufgrund der bundesweiten Inklusionsquote von knapp 45%. Eine solide, regionale bzw. lokale Datengrundlage, die insbesondere auch nach Formen der Behinderung bzw. des Förderbedarfs unterscheidet, würde bessere Planung und zielgenauere Finanzierung

ermöglichen. Sie könnte auch in eine Wissens-Datenbank weiterentwickelt werden, von der alle Einrichtungen und Fachkräfte profitieren.

Für die Umsetzung der Anforderungen von Menschen mit Behinderung für eine Teilhabe in der Gesellschaft gibt es Regelwerke. Bitte nennen Sie uns die Ihnen bekannten.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum	DIN 18040 (1-3)
Speziell Fußgängerüberwege	DIN 32984 (Bodenindikatoren), DIN 32981 (Signalgeber)
Barrierefreiheit im Internet	Bbg BIT-VO

Wie beurteilen Sie die **Entwicklung der Teilhabe** von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben in Potsdam im Zeitraum seit 2009 bis heute?

sehr gut	gut	geht so	schlecht	keine Angabe
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Was schätzen Sie, bis wann eine Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben in Potsdam ohne Probleme möglich sein wird? Begründen Sie Ihre Antwort!

Angabe eines Jahres	k. A.
<p>Diese Frage ist für uns noch offen: Es gibt in Potsdam noch viel zu tun, bedarf aber auch einer stärkeren Inklusionspolitik bei Bund und Land. Im Sommer 2023 wurde der Umsetzungsstand der UN-BRK in Deutschland von der UN geprüft. Nach der 2. und 3. Staatenprüfung gab es für Deutschland viel Kritik – insbesondere wegen der segregierenden Strukturen in Bildung, Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das ausgeprägte Förderschulsystem muss abgebaut werden, ebenso müssen wir auch regional das Werkstattsystem auflösen und mehr Menschen auf dem 1. Arbeitsmarkt beschäftigen. Darüber hinaus müssen Barrieren im öffentlichen Raum beseitigt werden.</p>	

Glauben Sie, dass behinderte Menschen in der Politik ausreichend repräsentiert sind? Zugespitzt: Brauchen wir eine Behindertenquote in der Politik?

<p>Nein. Der Anteil der Menschen mit Behinderung in der Politik ist im Vergleich zum Anteil in der Gesamtbevölkerung deutlich zu niedrig bzw. es wird nicht gar erhoben, ob politisch aktive Menschen eine Behinderung haben. Wenn dem doch so ist, ist das oftmals nicht sichtbar.</p> <p>Für eine Quotenregelung spricht daher auch, dass dann Daten erfasst und Behinderungen sichtbar gemacht würden. Quotenregelungen können erwiesenermaßen die Repräsentanz von Bevölkerungsgruppen erhöhen. Die genaue Ausgestaltung muss aber geprüft werden. Auch glauben wir, dass für eine solche Regelung weiterhin Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.</p> <p>An erster Stelle steht für uns die Verbesserung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung. Das bedeutet auch eine bessere Finanzierung der Mitwirkungsgremien und damit auch eine Professionalisierung.</p>
--

FRAGENBLOCK 2: BARRIEREFREIHEIT

Wie soll in Potsdam die Einhaltung der Richtlinien zur Barrierefreiheit erreicht und überprüft werden (Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden, Wegen sowie ÖPNV und digitale Barrierefreiheit)?

Sämtliche Neubauten für öffentliche Gebäude sollen entsprechend der Richtlinien der Barrierefreiheit gestaltet werden. Für die Überprüfung ist der Beirat für Menschen mit Behinderung zu beteiligen. Das Fuß- und Radwegenetz sowie das Netz aus ÖPNV-Linien und Haltestellen muss weiter barrierefrei ausgebaut und gestaltet werden. Insbesondere beschäftigt uns auch das Problem der Natursteinpflasterstraßen. Hier müssen gute Lösungen entwickelt werden. Für die digitale Barrierefreiheit soll Potsdam Informationen und Verwaltungsdienstleistungen digital auch in leichter Sprache anbieten. Hierfür soll mit anderen Kommunen zusammengearbeitet werden, um gegenseitig von der geleisteten Arbeit zu profitieren.

Sehen Sie die Entscheidungsträger in der Kommunalpolitik sowie die Mitarbeiter der Stadtverwaltung hinreichend geschult für eine Umsetzung der Barrierefreiheit?

Nein, hier bedarf es noch erheblicher Verbesserungen.

Wo sehen Sie am ehesten Schulungsbedarf?

Die Kenntnisse der UN-Behindertenrechtskonvention und des Behindertengleichstellungsgesetz müssen verbessert werden. Das Bewusstsein und Verständnis für die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen müssen erhöht werden. Menschen mit Entscheidungsgewalt und in der Verwaltung müssen darin geschult werden, wie sie Verwaltungsverfahren in leichter oder zumindest einfacher Sprache erklären. Sie müssen die Fähigkeit besser ausprägen, Mobilitäts- und Teilhabebarrieren im Alltag wahrzunehmen und sich in die Situation von Menschen mit Behinderungen hineinzusetzen.

FRAGENBLOCK 3: KITA UND SCHULE

Wie kann die Teilhabe von Kindergartenkindern und Schülern mit Behinderung verbessert werden? Wie sehen Sie die Möglichkeiten einer erfolgreichen Inklusion in Kita und Schule?

Kitas brauchen für Inklusion ausreichendes und entsprechend geschultes Personal, das in multiprofessionellen Teams zusammenarbeitet. Vor allem in Kitas begrenzt die angespannte Personalsituation die Möglichkeiten eines barrierefreien Aufwachsens. Kitas und Eltern brauchen Unterstützung durch z.B. Kita-Sozialarbeiter*innen. Durch diese kann bei der komplizierten Beantragung von Fördermitteln oder Einzelfallhilfen unterstützt werden. Bestehende und neue Ansätze und Programme müssen begleitet sowie evaluiert werden und bei Erfolg verbindlich finanziert werden.

In der Schule sollte die Zusammenarbeit mit den Eltern weiter intensiviert werden. Auch dafür braucht es Personen (multiprofessionelle Teams), die sich mit den Herausforderungen von behinderten Kindern aber auch Kindern mit Förderschwerpunkt auskennen. Eltern sind oft

verunsichert, ob es ihrem Kind auf einer Regelschule gut gehen wird. Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen oder geistige Entwicklung sind insbesondere in der Jugendphase mit großen emotionalen und sozialen Herausforderungen konfrontiert. Es gibt bislang noch zu wenige psychologische Beratungsangebote, die auf diese Herausforderungen spezialisiert sind.

Für eine erfolgreiche Inklusion benötigen wir inklusive Regelschulen; dafür müssen jedoch noch einige Voraussetzungen geschaffen werden. Wir schätzen die Möglichkeiten der Inklusion in Kita und Schule dennoch optimistisch ein. In vielen Kitas und Schulen werden bereits große Fortschritte erzielt. Die Schaffung geeigneter räumlicher Voraussetzungen haben wir in Potsdam durch die Umsetzung der neuen brandenburgischen Raumplanungs-Empfehlung für Schulbauten verankert.

Ein erhöhter Förderbedarf kann durch kleinere Gruppen, kreative Hilfe-Systeme und gut ausgebildetes Personal aufgefangen werden. Kitas und Schulen sind die Stationen im Leben, die alle Kinder durchlaufen. Diese Stationen prägen ihr Bild unserer Gesellschaft. Wenn wir hier Inklusion vorleben, wirkt das auch weit in die Zukunft hinein.

Unter der Annahme, dass eine schulische Inklusion an einer Regelschule durchgeführt wird, wie beurteilen Sie die möglichen Auswirkungen für die Schüler **ohne** Behinderung?

	Verbesserung	keine Auswirkung	Verschlechterung	keine Angabe
Mathematische Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sprachen Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kunst Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sportliche Kompetenz	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Soziale Kompetenz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

FRAGENBLOCK 4: SPORT UND KULTUR

Was kann die Politik tun, damit mehr Menschen mit Behinderung aktiv in den Potsdamer Vereinen Sport treiben können?

Hierfür sind auf verschiedenen Ebenen Veränderungen notwendig und möglich: Sportanlagen müssen barrierefrei zugänglich sein. Die Mobilität von Menschen mit Behinderung ist durch Fahrdienste besser zu sichern. Fortbildungen für inklusiven Sportunterricht/inklusives Training müssen organisiert und genutzt werden. Hierfür können zusätzliche Förderungen für Vereine, die inklusive fortgebildete Übungsleiter*innen haben, einen Anreiz schaffen. Allgemein benötigen inklusive Sportangebote besondere finanzielle Förderung.

Bei vielen Kulturveranstaltungen fehlen Gebärdensprachdolmetscher oder auch Audiodeskription für blinde Menschen. Welche Möglichkeiten hat die Stadtpolitik, hier auf die Kultureinrichtungen einzuwirken?

Gebärdensprachdolmetschung oder Audiodeskription kann als Teilhabeleistung beantragt werden. Es sollte selbstverständlich oder zur Not verpflichtend werden, dass Kulturträger ihre interessierten Gäste vorab fragen, ob sie Unterstützung benötigen und diese ggf. mit organisieren.

FRAGENBLOCK 5: KOMMUNIKATION

Gehörlose Menschen beklagen, dass sie aufgrund fehlender Gebärdensprachdolmetschung häufig Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder deren Ausschüsse nicht verfolgen können. Ist dieser Vorwurf berechtigt? Wie kann ggf. hier Abhilfe geschaffen werden?

Offensichtlich muss die Stadtverwaltung offenbar noch besser darüber informieren, dass dies eine verpflichtende Teilhabeleistung ist. Der Bedarf dafür muss allerdings angemeldet werden.

Sehen Sie Potsdam auf einem guten Weg bei der Bereitstellung von Informationen in einfacher Sprache?

Nein, Informationen in einfacher und erst recht in leichter Sprache fehlen noch zu häufig.

FRAGENBLOCK 6: PLANUNG, MOBILITÄT UND STÄDTISCHE BETRIEBE

Welche Planungskonzepte der Stadtplanung finden Sie behindertengerecht?

Die VIP baut Haltestellen sukzessive barrierefrei um und schafft Niederflurbahnen für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste an.
Weiterhin werden im sozialen Wohnungsbau der Pro Potsdam mindestens 10 Prozent der Wohnungen barrierefrei gebaut.

Welche Maßnahmen muss der Denkmalschutz ergreifen, um ebenfalls die Anforderungen zur Barrierefreiheit zu unterstützen? Müssen sich Denkmalschutz und Barrierefreiheit widersprechen? Welche Kompromisse sind notwendig?

Menschen dürfen in ihrer Mobilität mit dem Rollstuhl oder dem Rollator nicht durch unebenes Pflaster und hohe Bordsteine ausgebremst werden. Eine Kompromisslösung ist geschliffenes Pflaster an besonders präsenten Orten z.B. in der Innenstadt, welches die Mobilität nicht einschränkt. Aus Kostengründen wird dieses vermutlich nicht zeitnah in der gesamten Stadt eingesetzt werden. Doch auch außerhalb der Innenstadt muss es für alle Menschen möglich sein, sich barrierefrei bewegen zu können. Deshalb sollten auf Pflasterwegen und Straßen auch glatte geteerte Streifen eingesetzt werden. Mobilität, Zugänglichkeit und nicht zuletzt Teilhabe sollten hier höher gewichtet werden als die Optik.

Welches Konzept würden Sie vorschlagen, um das wilde Parken von eScootern in den Griff zu bekommen?

Wir sprechen uns dafür aus, dass Leih-Bikes und Scooter nur noch in festgelegten Parkarealen abgestellt werden dürfen.
Diese Parkflächen sollen gemeinsam mit den Anbietern ermittelt werden, indem man die Daten der vergangenen Jahre auswertet und die passenden Parkareale findet.

In der Lokalpresse war zu lesen, dass es städtische Betriebe gibt, deren Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten bei null liegt. Wie würden Sie diesen Mangel beheben?

In allen Unternehmen – auch den städtischen – besteht die Beschäftigungspflicht von 5 Prozent. Ansonsten muss eine Ausgleichsabgabe gezahlt werden.
Die städtischen Unternehmen sollen ihrer Verpflichtung nachkommen eine beauftragte Person für Inklusion benennen um auch als Arbeitgeber für Menschen mit Behinderungen attraktiver zu werden.

Welchen Anteil des städtischen Budgets würden Sie zur Verbesserung der Teilhabe behinderter Menschen vorsehen? Begründen Sie Ihre Antwort!

Angabe in Prozent	-
Wir sprechen uns dafür aus, dass für alle Maßnahmen und Aktionen, die städtische Fördermittel beantragen oder erhalten, Aussagen dazu getroffen und nachgeprüft werden, welchen Beitrag sie zu Barrierefreiheit und Inklusion leisten.	

FRAGENBLOCK 7: KONKRETE MAßNAHMEN

Bitte nennen Sie fünf konkrete Projekte zur Umsetzung der Teilhabe behinderter Menschen an der Gesellschaft in Potsdam, die Sie als gewählte Partei initiieren und/oder unterstützen würden.

Schulneubauten werden immer barrierefrei gestaltet.
Bei Sanierungen von Schulgebäuden wird gleichzeitig auf die Herstellung der möglichen Barrierearmut geachtet. Die Umsetzung soll in der Zukunft noch weiter und stärker kontrolliert werden.

Weiterentwicklung des Fußwegenetzes und barrierefreie Gestaltung der Fußwege;
Kopfsteinpflasterproblematik lösen.

Barrierefreie Arztpraxen.
Einführung von mehr inklusiven Abschlüssen und assistierten Ausbildungen an Berufsschulen

Bei der Vergabe von Fördermitteln an Sportvereine wird die Menge der inklusiven Sportangebote und der Anteil an Übungsleiter*innen, die inklusive Fortbildungen abgeschlossen haben, berücksichtigt. In allen Berichten der Sportförderung soll angegeben werden, welche Mittel der Förderung von inklusive Sportangebote unterstützen.

Stärkung der Rolle des kommunalen Behindertenbeirats und der kommunalen Beauftragten.